

3 K 17/23



Amtsgericht Erkelenz

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

Freitag, 22.11.2024, 09:00 Uhr,

1. Etage, Sitzungssaal 1.02, Konrad-Adenauer-Platz 3, 41812 Erkelenz

folgender Grundbesitz:

Grundbuch von Erkelenz, Blatt 916,

BV lfd. Nr. 4

Gemarkung Erkelenz, Flur 20, Flurstück 15, Gebäude- und Freifläche,
Erholungsfläche, In Terheeg 210, Größe: 1.353 m²

versteigert werden.

Teilunterkellerte zweigeschossige Doppelhaushälfte, genutzt als Einfamilienhaus mit nicht ausgebautem Dachgeschoss und eine zur Motorradwerkstatt umgebaute ehemalige Scheune mit angebautem Verkaufsraum; Baujahr 1883 bzgl. des Verkaufsraums 2000, teilweise modernisiert ca. 1989, 1998, 2008, 2016 und 2020.

Wohnfläche ca. 106,03 m², Nutzfläche ca. 150,44 m².

Für den Anbau zur Erweiterung der Werkstatt liegt keine Baugenehmigung vor.

Es liegt ein Überbau des Werkstattgebäudes auf das benachbarte Grundstück um ca. 1,06 m² vor.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 11.09.2023 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

190.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.